

ANFRAGE von Thomas Marthaler (SP, Zürich)

betreffend Vollzug des Normalarbeitsvertrages in der Hauswirtschaft und Legalisierung von Sans-Papiers

Gemäss Studie der KOF, ETH wird im Kanton Zürich 33% der gesamten bezahlten Hausarbeit in Privathaushalten von Sans-Papiers geleistet. Weiter geht die Studie von der Annahme aus, dass 8'000 Sans-Papiers in 34'400 Haushalten im Kanton Zürich arbeiten. Das würde bedeuten, dass etwa jeder 17. Haushalt im Kanton Zürich eine irreguläre Haushaltshilfe beschäftigt.

Die Studie «Quantitative Bedeutung der 'Sans Papiers' für die externe Hausarbeit in Privathaushalten im Kanton Zürich» finden Sie auf der Homepage der KOF:
http://www.kof.ethz.ch/publications/science/show_studien

Für die Beschäftigung von Haushaltshilfen gibt es einen verbindlichen Normalarbeitsvertrag. Mindestens 18.20 Franken pro Stunde sollen Hausangestellte verdienen, für Angestellte mit Berufserfahrung geht der Ansatz bis zu 22 Franken. Mit dem Normalarbeitsvertrag für die Branche hat der Bundesrat erstmals seit der Einführung der flankierenden Massnahmen einen Mindestlohn festgelegt. Auch eine Bundesstudie geht davon aus, dass innerhalb der Hauswirtschaftsbranche, die orts- und branchenüblichen Löhne wiederholt in missbräuchlicher Weise unterboten werden.

29/2012

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Haushaltsarbeitsverhältnisse wurden in den Jahren 2009, 2010 und 2011 auf die Übereinstimmung mit dem Normalarbeitsvertrag, respektive mit den nach altem Recht gültigen Bestimmungen überprüft und wie viele Verfehlungen wurden festgestellt?
2. Wie erklärt der Regierungsrat die Differenz der kantonalen Kontrolltätigkeit mit den Erhebungen der KOF, ETH?
3. Wie erklärt der Regierungsrat die Ursachen, und wen sieht er in der Verantwortung, dass im Kanton Zürich in den privaten Haushalten die Bestimmungen der Normalarbeitsverträge tausendfach sanktionslos verletzt werden?
4. In den Haushalten des Kantons wird täglich die Arbeitskraft von tausenden Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung in Anspruch genommen. Scheinbar besteht ein ausgewiesener Bedarf an Haushaltshilfen. Welche Anstrengungen unternimmt der Regierungsrat, damit diese Menschen legal in unserem Kanton leben und arbeiten können?
5. Welche Gründe hindern die Regierung grössere Anstrengungen zu unternehmen, um die rechtliche Situation, der in den Haushalten im Kanton Zürich arbeitenden Personen der Realität angepasst wird und der Aufenthalt der Haushaltshilfen legalisiert wird?

Thomas Marthaler